

Postulat «Kinderbetreuung und Politik» (43.19.12)

Sprecherin: Yvonne Suter, CVP, Rapperswil-Jona

Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren

Ich spreche als Mitunterzeichnerin des Postulats und im Namen der CVP-GLP-Fraktion. Wir sind sehr erfreut, dass das Präsidium die Gutheissung des Postulats beantragt, und auch mit dem geänderten Wortlaut können wir leben.

Ein Parlament soll die Bevölkerung in angemessener Weise abbilden. Mit einem Frauenanteil von lediglich 20 Prozent ist dies heute in keiner Art und Weise gegeben. Die Gründe sind sicher vielfältig, doch die Herausforderung, nebst der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch noch die Politik unter einen Hut zu bringen, ist unbestrittenermassen ein wesentlicher Grund, dass Eltern im Allgemeinen und speziell Mütter mit kleinen Kindern sich viel schwerer damit tun, sich in der Politik zu engagieren.

Hier sind alle Parteien und Fraktionen gefordert, das Thema ernst zu nehmen und konkrete Massnahmen zu definieren. Für jenen Teil, den wir als Kantonsrat beisteuern können, haben wir Erstunterzeichnerinnen ganz bewusst den Weg über ein Postulat gewählt. Denn bevor wir mögliche Massnahmen diskutieren und beschliessen, möchten wir wissen, welche Massnahmen überhaupt denkbar möglich sind und welche Massnahmen sich andernorts tatsächlich schon bewährt haben.

Die Bereitschaft des Präsidiums, das Thema sorgfältig aufzuarbeiten, begrüssen wir deshalb. Und dass eine Umfrage bei den anderen Kantonen und beim Bund durchgeführt werden soll, um Best Practices bzw. bewährte Rezepte zu identifizieren, ist sicher ein erfolgversprechender Weg. Wichtig ist einfach, dass das Präsidium das Thema nicht unnötig einengt auf einzelne Aspekte wie die Entschädigungsfrage oder Betreuungsangebote, sondern umfassender anschaut und auch die weiteren Themen, die wir in unserem Postulat erwähnen (Stellvertretungsregelungen, Mutterschutz usw.), mit in den Bericht einbezieht.

Damit ist auch gesagt, dass Massnahmen möglicherweise nicht nur Änderungen in unserem Geschäftsreglement bedingen, sondern auch Anpassungen auf höherer Regelungsstufe oder Änderungen im Bundesrecht. Dies soll uns aber nicht schon zum Vornherein abschrecken, denn die Diskussion, wie die Hürden für Eltern mit Betreuungspflichten abgebaut werden können, ist wichtig, richtig und längst fällig.

Natürlich hätten wir uns daher den Bericht des Präsidiums vor 2022 gewünscht. Doch da das Geschäftsreglement dem Präsidium ohnehin eine Dreijahresfrist einräumt, können wir damit leben, dass nicht ein eigenständiger Bericht erstellt wird, sondern im Rahmen des Tätigkeitsberichts des Parlamentes Bericht erstattet wird. Wichtiger als der Zeitpunkt des Berichts ist ohnehin der Inhalt. Ich jedenfalls bin gespannt darauf.

Namens der CVP-GLP-Fraktion bitte ich Sie, auf das Postulat einzutreten und es mit dem geänderten Wortlaut gutzuheissen.